



## **Geschäftsführung Hauptausschuss**

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-26014  
Fax : (0221) 221-26570  
E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 19.06.2015

### **Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der 7. Sitzung des Hauptausschusses vom 01.06.2015**

#### **öffentlich**

#### **4.1.2 Ausschüttung des Jahresüberschusses 2014 und Vorabausschüttung auf das Ergebnis 2015 der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) 1623/2015**

Frau Stadtkämmerin Klug appelliert daran, die Entnahme von rund 8,5 Mio. € schon jetzt zu beschließen, damit der Bezirksregierung ein genehmigungsfähiger Haushalt vorgelegt werden könne. Bisher sei bei der Berechnung von einer Ausschüttung von 60 Mio. € ausgegangen. Wenn sich dies verringere, ergäbe sich ein höheres Defizit und eine höhere Entnahmekquote dicht an der 5 % Grenze. Durch Konsolidierung könne dieser Betrag nicht aufgefangen werden. Die Vorlage sei zur Vermeidung eines Rückgriffs auf die Rücklagen notwendig.

Herr Börschel beantragt, den dritten Absatz des Beschlussvorschlages über die Entnahme der rund 8,5 Mio. € in die Gesamtberatung über den Haushalt im Finanzausschuss und Rat zu vertagen. Herr Breite schließt sich dem an. Die jetzt zu beschließende Vorabausschüttung sei ja noch nicht erwirtschaftet.

Herr Frank stellt einen Änderungsantrag, die gesamte Vorlage in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben. Zurzeit gehe man von einer Ausschüttung von 60 Mio. aus. Wenn diese sich nicht ergibt und weitere Unabwägbarkeiten hinzukommen, komme man immer näher an die 5% Grenze. Grundsätzlich wolle die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage jedoch unterstützen.

Frau Stadtkämmerin Klug erläutert, dass die Lage auch im nächsten Jahr kritisch sei, weil die Erhöhung im konsumtiven Bereich fortgeschrieben werden müsse. Das vom Fachdezernat definierte Konnexitätsdefizit belaufe sich zurzeit auf 80 Mio. €, die aus den städtischen Mittel gestemmt werden.

Herr Petelkau sieht es als positiv an, das nicht auf die Rücklagen der Gesellschaften zurückgegriffen werde. Er sei erstaunt, dass die Politik hier keine abgestimmte Vorlage vorgelegt bekommen habe.

Frau Stahlhofen sieht für die GEW Köln AG, die den größten Anteil der Ergebnisausschüttung übernehme, ein Problem, da sie für die noch ausstehenden Ausbau der erneuerbaren Energien ausreichend Mittel zur Verfügung haben müsse.

Herr Oberbürgermeister Roters formuliert in Abstimmung mit Frau StK Klug folgende Modifizierung der Vorlage:

„Die Entscheidung zur Vorabausschüttung in Höhe von 8.457.235,75 € werde in die Haushaltsberatung im Finanzausschuss am 15.06.2015 und die des Rates am 23.06.2015 vertagt. Bis dahin werden noch Gespräche mit dem Vorstand des Stadtwerkekonzerns geführt, um zu einer Lösung zu kommen. Dabei werde auch auf die Verpflichtung des Stadtwerkekonzerns hingewiesen, sich an der Haushaltskonsolidierung zu beteiligen.“

Herr Petelkau bittet zu Protokoll zu nehmen, dass die Verwaltung nun keine Dringlichkeit mehr sieht, den dritten Punkt der Vorlage zu beschließen. Er bittet auch um eine Aussage, ob die Verschiebung der Gesellschafterversammlung im Rahmen der gesetzlichen Fristen möglich sei.

Herr Börschel regt an, dass die Verwaltung in Ruhe prüfen soll, ob die Gesellschafterversammlung überhaupt verschoben werden müsse. Es könne jederzeit eine neue Gesellschafterversammlung einberufen werden, für die Abstimmung über den dritten Abschnitt des ursprünglichen Beschlussvorschlages der Verwaltung.

Herr Oberbürgermeister Roters lässt über den Änderungsantrag von Herrn Frank und über den modifizierten Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss beschließt, dass der Jahresüberschuss in Höhe von 51.542.764,25 €, den die Stadtwerke Köln GmbH im Geschäftsjahr 2014 erwirtschaftet hat, an die Stadt Köln ausgeschüttet wird.

Der Vertreter/die Vertreterin der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH wird ermächtigt, die hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben.

Die Entscheidung zur Vorabausschüttung in Höhe von 8.457.235,75 €. wird in die Haushaltsberatung im Finanzausschuss am 15.06.2015 und die des Rates am 23.06.2015 vertagt. Bis dahin werden noch Gespräche mit dem Vorstand des Stadtwerkekonzerns geführt, um zu einer Lösung zu kommen. Dabei werde auch auf die Verpflichtung des Stadtwerkekonzerns hingewiesen, sich an der Haushaltskonsolidierung zu beteiligen.

**Änderungsantrag von Herrn Frank** zur Vertagung der Gesamtvorlage in die Haushaltsberatungen in die Sitzung des Finanzausschusses am 15.06.2015 und in die des Rates am 23.06.2015

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion abgelehnt

**Modifizierter Verwaltungsvorschlag:**

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt

